

Es gilt das gesprochene Wort.

Rede von Herbert J. Scheidt, Präsident, SBVg

Mit Weitblick vernetzen

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer jährlichen Medienkonferenz. Ich freue mich sehr über Ihr zahlreiches Erscheinen und Ihr Interesse an der Bankiervereinigung und unserer Arbeit.

Dieses Jahr findet unsere Jahresmedienkonferenz zum ersten Mal mit unserem neuen CEO Jörg Gasser statt. Ich freue mich sehr, mich gemeinsam mit Jörg Gasser für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz zu engagieren. Das Ziel von mir und Jörg Gasser ist dabei klar vor Augen: Wir wollen eine starke Schweiz, eine starke Wirtschaft und dazu gehört auch ein starker Finanzplatz.

Mit Weitblick vernetzen heisst gemeinsam Lösungen finden

Der diesjährige Bankiertag steht unter dem Motto «Mit Weitblick vernetzen». Wir sind überzeugt, dass Weitblick und ergebnisorientierte Kooperation für die Schweiz und unseren Finanzplatz essenzielle Erfolgsfaktoren sind.

Entlang diesem Grundsatz haben wir bei der Bankiervereinigung in den vergangenen Jahren unsere Arbeit ausgerichtet – und das mit Erfolg, wie die nachfolgenden Beispiele zeigen:

1. Gemeinsam eine Lösung zu finden war unser Ansatz, als wir mit den Behörden Massnahmen zur weiteren Stabilisierung des Marktes für **Renditeliegenschaften** diskutiert haben. Nach einem intensiven Dialog zwischen Branche und Behörden tritt ab 1. Januar 2020 die angepasste Selbstregulierung der Bankiervereinigung in Kraft. Im Ergebnis begrüssen die Behörden unsere Anpassungen, mit denen wir als Branche einen wirksamen und gezielten Beitrag für einen weiterhin sicheren und stabilen Finanzplatz leisten.
2. Auch bei der Ausarbeitung unseres **Cloud-Leitfadens** hat die Bankiervereinigung die relevanten Akteure an einen Tisch geholt. Involviert waren Vertreter der Banken, von Cloud-Anbietern, Prüfgesellschaften, Anwaltskanzleien und der Behörden. Mit dem vorliegenden Leitfaden für sicheres Cloud Banking verfügen unsere Banken nun über konkrete Handlungsempfehlungen, wie sie die Cloud-Technologien zur Weiterentwicklung ihrer Geschäftsmodelle nutzen können.
3. Ein drittes Beispiel ist das Kleinbankenregime, das kommenden Jahr nahtlos vom Pilotprojekt direkt in ein festes Regime übergehen wird. Mit dem **Kleinbankenregime** werden kleinere und mittlere Banken dauerhaft regulatorisch entlastet. Auch bei diesem

Regulierungsprojekt war der enge Austausch zwischen der SBVg und den Behörden ein massgeblicher Schlüssel zum Erfolg. Unser Dank für die gute Zusammenarbeit geht insbesondere an die FINMA.

4. Gemeinsame Lösungen zu finden ist nicht immer einfach, wenn es gilt abweichende Interessen zusammenzuführen und die Kompromissbereitschaft von allen Seiten benötigt wird. Beim **Rahmenabkommen** mit der EU sind wir noch nicht am Ziel. Für die Banken ist das Rahmenabkommen von hoher Bedeutung, denn es bildet die Basis, um den Zugang zum EU Markt zu verbessern. Deshalb beurteilen wir bei der Bankiervereinigung das Abkommen eindeutig positiv.
5. Einen intensiven Dialog haben wir auch mit der FINMA geführt, und zwar zur Frage, inwieweit eine Aufsichtsbehörde regulieren darf und soll. Dabei haben wir auf Sachebene die bestehenden parlamentarischen Vorstösse und Forderungen nach einem **klar geregelten Regulierungsprozess** aufgenommen. Wir sind überzeugt, dass mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen FINMA-Verordnung die notwendigen Klärungen im Bereich der Trennung von Regulierung und Aufsicht herbeigeführt werden. Durch die vorgeschlagene Verordnung wird der Regulierungsprozess insgesamt gestärkt, indem die Notwendigkeit bezüglich eines Regulierungsbedarfs vor Inkraftsetzung einer neuen Regulierung sorgfältig zu klären ist und diese Abklärungen unter Einbezug aller relevanten Interessenlagen erfolgen.

Finanzmarktstabilität sichern und breiter fassen

Mit Weitblick vernetzen bedeutet auch, über unsere Grenzen hinaus auf die Veränderungen der Welt zu schauen. Dabei stellen wir fest, dass vieles im Umbruch ist und bedrohlich wirkt. Geopolitische Umwälzungen, politischer Extremismus, eine Europäische Union ohne klare Komposition, Klimawandel und die digitale Revolution bringen Verunsicherung und berühren damit auch uns in der Schweiz. Demgegenüber haben Sicherheit und Stabilität für unseren Finanzplatz von jeher eine überragende Bedeutung, die es in Anbetracht der globalen Entwicklungen noch stärker zu schützen und auszubauen gilt.

Damit ist es an der Zeit unseren Blick dafür zu schärfen, was heute und in Zukunft einen sicheren und stabilen Finanzplatz ausmacht und wer dazu welchen Beitrag leisten soll. Damit meinen wir zum einen unsere Arbeit bei der Bankiervereinigung. Aber wir möchten zum anderen auch die Frage in den Raum stellen, in welcher Form das Stabilitätsverständnis der Behörden und der Öffentlichkeit sowie die Ausübung des Stabilitätsmandats der Nationalbank angepasst werden müssen.

Die Banken haben seit der Finanzkrise sehr viel für die Sicherheit und die Stabilität getan, aber eine reine Begrenzung auf Banken und deren Kapital- und Liquiditätsausstattung ist nicht mehr zeitgemäss. Wir sind der Meinung, dass neue und sehr ernstzunehmende Quellen systemischen Risikos entstanden sind, welche ein neues Stabilitätsverständnis und gemeinsames Handeln von Branche und Behörden erfordern. Die nachfolgenden Beispiele verdeutlichen unsere diesbezügliche Einschätzung.

Umfassende Abwehredispositive zum Schutz vor Cyberrisiken

Bei unseren Banken hat der Schutz vor Cyberrisiken oberste Priorität. Allerdings geht die Bedrohung durch Cyberkriminalität weit über die Grenzen der einzelnen Banken hinaus, denn Cyberangriffe erfolgen unerwartet, lösen Netzwerkeffekte aus und haben damit potenziell systemische Wirkung. Dementsprechend können solche Risiken nur durch umfassende Abwehredispositive mitigiert werden.

Wir bei der Bankiervereinigung und unsere Banken haben die Bedeutung solcher Bedrohungen erkannt und zahlreiche Vorarbeiten geleistet, z.B. in Form von realitätsnahen Simulationen, engem Austausch mit der Schweizer Börse und Benchmarking mit Finanzplätzen im Ausland.

Unsere Erkenntnis ist, dass die Behörden und unabhängige staatliche Stellen wie die Zentralbanken Teil des Abwehredispositivs sein müssen, damit geeignete Informationsplattformen und Krisenorganisationen effektiv aufgebaut und regelmässig Krisenübungen durchgeführt werden können. Unsere Branche ist darauf angewiesen, dass unser Finanzplatz stabil und sicher bleibt. Dies erfordert neue Wege in der Zusammenarbeit von Banken und Behörden und dazu gehört auch, dass die Nationalbank Cyberkriminalität als Teil ihres Stabilitätsmandates betrachtet.

Neue Akteure dürfen die Stabilität nicht gefährden

Neben den Bedrohungen aus der Cyberwelt ist die Digitalisierung in vielerlei Hinsicht zu einem «game-changer» auch für unsere Finanzindustrie geworden. Ein Teil dieser Veränderung besteht darin, dass neue – und zum Teil sehr finanzkräftige – Akteure aus dem Tech-Bereich am Finanzplatz aktiv geworden sind oder aktiv werden wollen.

Der digitale Wandel und das sich verändernde Wettbewerbsumfeld ermöglichen Innovationen und damit eine Vielzahl von Opportunitäten für unsere Banken. Den Fokus gilt es allerdings auch auf die Risiken zu lenken, zum Beispiel im Bereich der Tokenization von Währungen und Assets, der Verwendung neuartiger Distributed-Ledger-Technologien oder der Nutzung von Artificial Intelligence für automatische Transaktionsauslösungen im Kreditgeschäft.

Gerade weil das Umfeld so dynamisch ist, sind wir der Meinung, dass ein zukunftsweisendes Stabilitätsmandat die fortlaufende Analyse und Beurteilung solcher neuen Akteure und ihrer Geschäftsmodelle miteinschliessen muss, um Risiken frühzeitig zu erkennen und Massnahmen einleiten zu können.

Die potenziellen neuen Akteure vereinen zum Teil hohe Finanzkraft hinter sich, so dass sie sehr schnell in einen Markt eintreten und damit auch sehr schnell zu einem systemischen Risiko für die Sicherheit und Stabilität unseres Finanzplatzes werden könnten.

Andauernde Negativzinsen bewirken massive strukturelle Schäden

Grosse Risiken sehen wir bei der Bankiervereinigung auch, wenn langfristig keine Abkehr vom Negativzinsumfeld gelingt. Heute, über 10 Jahre nach der Finanzkrise, scheint eine

Normalisierung des Zinsniveaus in weite Ferne gerückt und das trifft in besonderem Masse die Schweiz, unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Banken.

Die Summe aller Negativzinsen unserer Banken bei der SNB beläuft sich pro Jahr auf ca. CHF 2 Mrd. Dieser Betrag entspricht rund 5 Prozent der Bruttozinseinnahmen und ist damit ein massiver Eingriff in die Rentabilität unserer Banken. Dagegen profitieren US-amerikanische Banken allein in diesem Jahr schätzungsweise von rund USD 30 Mrd. risikofreiem Zinsertrag. Und auch in der Euro-Zone erhalten die Banken massive Subventionen in Form von sogenannten Targeted Long-term Refinancing Operations. Banken der Euro-Zone können im Rahmen dieses Programms meist deutlich unter Marktkosten liegende Finanzierungsrunden durchführen. Je nachdem wie viele Kredite und Hypotheken die Banken über einen gewissen Zeitraum vergeben haben, erhalten sie von der EZB sogar Geld, anstatt dafür einen Zins zu bezahlen.

Aus einer geschäftspolitischen Optik sind unsere Banken innovativ, wettbewerbsfähig, stabil und sicher. Aber wie sollen sie im internationalen Wettbewerb bestehen, wenn sie durch Negativzinsen und ungleich härtere Regulierungsvorschriften derart behindert werden? Das sehen die internationalen Kapitalmärkte leider auch so und strafen die Schweizer Banken ab.

Für die Umsetzung von Basel III-Final werden wir bei der Bankiervereinigung deshalb sehr genau darauf achten, dass wir die neuen Standards nicht einführen, bevor dies auch an unseren Konkurrenzfinanzplätzen geschehen ist.

Nicht weniger wichtig sind die strukturellen Wirkungen der Negativzinsen:

- Negative Zinsen treiben die Preise in nahezu allen Anlageklassen – zumindest nominal – und wir beobachten zahlreiche sogenannte Asset Bubbles.
- In unserer Schweizer Wirtschaft bleiben die erhofften zinsinduzierten Wachstumsimpulse aus. Wir beobachten, dass rentable Unternehmen bei Negativzinsen nicht mehr investieren als bei tiefen Zinsen. Künstlich am Leben gehalten werden hingegen nicht rentable Unternehmen – mit langfristigen Schäden für die Wettbewerbsfähigkeit unserer gesamten Wirtschaft.
- Und schliesslich treffen die Negativzinsen unsere Schweizer Bürgerinnen und Bürger in ihrer Altersvorsorge, denn besonders betroffen sind die erste, die zweite und die dritte Säule. Ein nochmaliges Herabsetzen der Zinsen würde diese Problematik in jedem Fall weiter verschärfen.

Diese Beispiele verdeutlichen eindrucksvoll, welchen Schaden die Negativzinsen uns heute schon zufügen. Bedauerlicherweise werden die gesellschaftlichen, strukturellen und langfristigen Schäden umso grösser, je länger wir uns in diesem «lower forever»-Umfeld befinden.

Wir bei der Bankiervereinigung stellen deshalb die Frage in den Raum, wann der Schaden so gross ist, dass bei den Negativzinsen Gegensteuer gegeben werden muss.

Sehr verehrte Medienschaffende, welche weiteren Bereiche wir in unserem Blickfeld haben und wo wir noch verstärkt ansetzen wollen, darüber informiert Sie nun unser CEO Jörg Gasser.

Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.